

Vom Nutzen einer guten Zeitung

EDITORIAL
Manfred Perterer



Eine gute Zeitung hat einen hohen Nutzwert. Das heißt: Die Leserin und der Leser haben nach der Lektüre das gute Gefühl, mehr zu wissen als vorher und dadurch einen Vorteil gegenüber Nichtlesern zu haben. Die Bandbreite nützlicher Informationen ist groß und reicht von Politik über Wirtschaft bis zu Kultur und Sport. Klassiker sind Servicebeiträge. Eine dieser Serviceeinrichtungen besteht in den SN seit Jahrzehnten und heißt „Staatsbürger“. Unter der Leitung von Dr. Gerhard Schwischei schreiben renommierte Rechtsexperten über Fragen des täglichen Lebens. Und zwar so, dass auch Laien das verstehen können. Heute beschäftigen sich die Salzburger Rechtsanwältinnen Dr. Stephan Klienstein und Dr. Wolfgang Zarl mit den Fragen, wie man Reisemängel richtig reklamiert beziehungsweise wie man eine Stellenausschreibung richtig formuliert (WOCHENENDE Seite 6). Zwei Beispiele für den konkreten Nutzen einer guten Zeitung. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und viel Freude beim Lesen.

INHALT

WÜTEND

Der Widerstand der „Gelbwesten“ scheint verpufft zu sein. Doch im Herbst wird wieder über heikle Reformen entschieden. **Seite 4**

FLIEGEND

Flughafen-Chefin Ganghofer fürchtet nicht um die Strecke Wien–Salzburg. Wegen des Bahnhofs und der Langstrecke. **Seite 13**

AGIL

Paul Lendvai wird 90 Jahre alt. Im Interview sagt er, warum die Dumtheit auf dem Vormarsch ist und wofür er kämpfen will. **Seite 23**

SALZBURG

Der Schock sitzt tief

Räuber verschleppen eine Juwelierrfamilie in ein Waldstück. Jetzt ist die Verunsicherung am Heuberg groß. **Lokalteil**



GESPALTEN

Plácido Domingo wird in den USA hart behandelt. Auf den Bühnen in Europa hingegen soll er weiter singen. **Seite 9**

VERBUNDEN

Marco Rose ist mit Red Bull Salzburg weiter eng verbunden. „Ich hatte wunderbare Jahre“, sagt er im SN-Interview. **Seite 19**

VERBANNT

Auf Mallorca gilt an sieben Stränden ein Rauchverbot. Es geht nicht nur um die Gesundheit, sondern auch um Umweltschutz. **Seite 24**

WOCHENENDE



Könnten Sie vielleicht auch unrecht haben?

Das, was da im Titel steht, ist eine ernst zu nehmende Frage. Und sie hängt mit der Titelseite zusammen, die Julia Ortner für das aktuelle WOCHENENDE-Magazin verfasst hat. Ortner beschreibt, wie uns der Respekt vor der Mitte, dem Kompromiss, der Meinung des anderen abhandeln kommen ist. Wie uns Moderates, die auch die andere Seite verstehen und Kompromisse wollen, immer mehr als Schwächlinge erscheinen. Andreas Trötschel hat sich diese Woche todesmüde als Parkwächterlehrling ins Getümmel geworfen. Und Martina Lettner geht der eigentlich skandalösen Frage nach, ob eine 30-Stunden-Woche für alle nicht reichen würde. Ein besonderer Leckerbissen kommt von Michael Smejkal. Das schweizerische Schwung- und Älplerfest ist: riesig, spektakulär, extrem schräg. Schönes Wochenende!



Justiz darbt bei Wasser und Brot

MARIAN SMETANA
GERALD STOIBER

WIEN. Der Weg durch die Kanzleigänge des Wiener Straflandesgerichts gleicht einem Hindernisparcours. Hohe Aktenstapel türmen sich in jeder Ecke. Das „Landl“ braucht dringend mehr Platz und mehr Personal. Eines der wichtigsten Gerichte hierzulande ist am Limit. Gleichzeitig wird die Arbeit für die Justizbehörden nicht weniger. Gerade solche verworrene Verdachtslagen, wie sie derzeit rund um das Ibiza-Video überprüft werden, zeigen, wie wichtig ein effizienter Justizapparat ist. Doch die Realität in den Amtsstuben sieht oft anders aus. Es mangelt schon lang an Geld, Personal und Reformen. Die nächste Regierung hat erheblichen Handlungsbedarf.

Personalmangel

Eines der größten Probleme ist der Personalmangel im sogenannten Fachdienst an den heimischen Justizbehörden. Das sind etwa Kanzleikräfte, Schriftführer oder Aktenzusteller. Sie bilden laut dem Übergangsminister Clemens Jahnöcker das Rückgrat einer funktionierenden

Justiz. 400 solcher Planstellen wurden in den vergangenen Jahren gestrichen. Im Wiener Straflandesgericht gibt es rund 250 Strafprozesse pro Woche. 80 Richtern stehen dabei nicht einmal zwölf Schreibkräfte zur Verfügung. „Bei



„Notfallplan bereits in Kraft.“

Bernd Ziska,
Vereinigung der
Staatsanwälte

Weiten nicht alle Verfahren können mit Schriftführern besetzt werden“, sagt Friedrich Forsthuber, Präsident des Landesgerichts. Bei der Staatsanwaltschaft sieht es nicht viel besser aus. „Auch wenn Staatsanwälte am Abend länger arbeiten, kommen die Kanzleien mit den Ausfertigungen oft nicht mehr nach“, sagt Bernd Ziska, einer der Vizepräsidenten der Vereinigung der Staatsanwälte. In Graz, der zweitgrößten Staatsanwaltschaft Österreichs, ist laut Ziska bereits ein Notfallplan in Kraft. Ähnlich wie bei manchen Bezirksgerichten werden weniger wichtige Verfahren zurückgestellt, um wenigstens das Dringendste erledigen zu können.

Der Rechtsstaat hängt in der Warteschleife.

Laut der Präsidentin der Richtervereinigung, Sabine Matejka, besteht außerdem ein massiver Mangel an Rechtspflegern, die ebenfalls wichtige Aufgaben an den Gerichten übernehmen und unter anderem in Unterhaltsfällen entscheiden. „Diese Mitarbeiter finden in der Privatwirtschaft bessere Bedingungen vor“, sagt Matejka. Unterhaltsentscheidungen ziehen sich durch den Personalmangel in die Länge. Das bedeutet im schlimmsten Falle erst verspätete finanzielle Unterstützung für Kinder.

Desolate Gerichte

Doch nicht nur in personeller Hinsicht bröckelt das heimische Justizsystem. „Es gibt teilweise hohen Restaurierungsbedarf“, beschreibt die Präsidentin der Richtervereinigung diplomatisch den Zustand so mancher Gerichtsgebäude. „Wir haben natürlich auch neue Bauten“, sagt Matejka. Dafür seien die alten teilweise schwer desolat. Matejka selbst arbeite an einem Bezirksgericht, in dem die alte Sicherheits-schleuse rund alle zwei Wochen defekt sei. Ab Juni stöhnten die Mitar-

Strache verteidigt sich und teilt aus

Causa Casinos: Ex-FPÖ-Chef bezeichnet Vorwürfe als „Vollholler“.

WIEN. Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hat am Freitag in mehreren Interviews alle Vorwürfe in der Causa Casinos zurückgewiesen. Die Razzien hält Strache für einen „Akt der Willkür und des Unrechts, der fassungslos und entsetzt macht“, sagt er etwa im „Standard“. Verwundert zeigte er sich, dass nicht auch gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) sowie gegen die SPÖ ermittelt wird.

Gegenüber dem ORF sagte der geschiedene Ex-Vizekanzler zur Causa Casinos, er bestreite „jede Art“ eines Deals mit Novomatic. Die Grundlage für die Ermittlungen bzw. die Hausdurchsuchungen vom Montag sei eine anonyme Strafan-

zeige gewesen, „die substanzlos ist“. Im „Kurier“ äußerte sich Strache so: „Die Hausdurchsuchung wurde willkürlich und ohne jegliche Grundlage durchgeführt. Das ist eine Farce. Die Vorwürfe sind völlig absurd und ein Vollholler. Sie hatten nur ein meins Handy und somit an meine Daten zu kommen.“ Er werde Einspruch und Beweisanträge einlegen, erklärt sein Anwalt Johann Pauer laut „Standard“.

Strache verwies in den Interviews darauf, dass in der anonymen Anzeige nicht nur er, sondern etwa auch ÖVP-Chef Kurz erwähnt werde. „Dass dann keinerlei Ermittlungen bei der Person des Ex-Bundes-

kanzlers eingeleitet wurden, ist schon sehr eigenartig.“ Dass man sich bei wichtigen Posten mit dem Koalitionspartner koordiniere, halte er für völlig normal, sagt Strache.

Seine politische Zukunft sieht Strache in Wien, wie er im ORF-Interview betonte. Er wolle kämpfen und lasse sich nicht auf diese Art und Weise diskreditieren, schließlich habe er eine „saubere Weste“. „Die animieren mich fast, dass ich darüber nachdenke, so rasch wie möglich auch politisch zurückzukommen und vielleicht in Wien ein Comeback zu starten.“ Ein Antritt bei der Wien-Wahl 2020 sei daher „eine Möglichkeit“.